

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe Januar 2013

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Weniger EU - Kommissare und mehr Mitsprache der Bürger bei Europafragen

Nach dem „Anschlag“ auf Europas Glühbirnen hat die EU-Kommission nun ein neues Ziel für die ökologische Revolution zwischen Wohnzimmer und Bad ausgesucht: Duschköpfe und Wasserhähne. Es ist zwar noch ein vertrauliches Arbeitspapier der Brüsseler Beamtenschaft, aber es könnte ab 2014 Gesetz sein, dass nur noch EU-genehmigte ressourcenschonende Armaturen für Bad, Küche, Toilette und Garten in Neubauten verbaut werden dürfen.

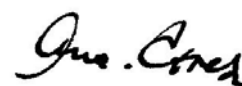
Jeder von uns weiß aus den letzten Jahren von „irrsinnigen Vorschlägen“ aus Brüssel zu berichten. Das soll nicht heißen, dass ich gegen Wasser oder Stromsparen bin, im Gegenteil! Aber diese „Öko-Design-Richtlinie“ ist wieder ein Musterstück aus Planwirtschaft und „politischem Dirigismus“ und wird langsam für die Menschen unerträglich.

Ich stelle mir die Frage, haben die in Brüssel – hier meine ich nicht das arbeitsame EU-Parlament, sondern einige Kommissare – nichts Besseres zu tun, als die Menschen mit immer neuen Vorstößen zu gängeln? Solche Detailvorschriften sollten besser Sache der Mitgliedstaaten bleiben, da es wichtigere Aufgaben der Kommissare und deren Beamte gibt. Man denke nur an eine gemeinsame EU-Außenpolitik, Verteidigungspolitik oder an einen längst fälligen europäischen Betriebsrat im Zusammenhang mit dem Thema Schutz der Arbeitnehmer bei Werkverträgen oder bei Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Mir kommt es manchmal so vor, um eine Daseinsberechtigung eines XY-Kommissars zu begründen, muss was erfunden werden. Das ist für mich als überzeugter Europäer nicht das Europa, wofür ich mich bis dato eingesetzt habe. Wir brauchen eine starke EU, die bei den wesentlichen Themen in der globalisierten Welt mit einer Zunge spricht. Aber wir brauchen keine EU, die sich nach erfolgtem „politischem Dirigismus“ gegenseitig auf die Schultern klopf. Die Zustimmung der Menschen zur EU wird dadurch nicht besser. Daher begrüße ich das Grundsatzpapier der CSU, dass kürzlich bei der Klausurtagung in Wildbad Kreuth verabschiedet worden ist.

Die CSU will weniger EU-Kommissare heißt es darin, und verlangt mehr Mitspracherechte der Bürger in Europafragen. Recht so, sage ich, wir werden als Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands nach unseren Kräften diese CSU-Forderung wohlwollend begleiten. Die Europäische Union wird in der Bevölkerung nicht daran positiv gemessen, wie viel Dirigismus sie beschlossen hat, sondern was sie gemeinsam mit den nationalen Parlamenten gegen Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Korruption – um nur einige große Themen zu nennen – geschaffen hat.

Matthäus Strebl
CGB-Bundesvorsitzender

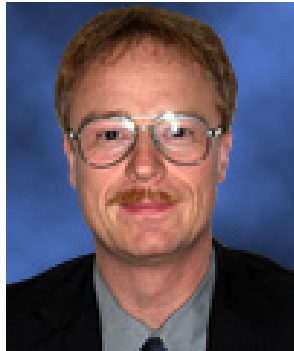



Matthäus Strebl
Bundesvorsitzender



Work-Life-Balance – Der Entwicklung entgegen-treten, dass die Arbeit mehr und mehr Privat-leben auffrisst!

Durch Mehrarbeit und Überstunden, die permanente Erreichbarkeit durch smartphone, e-mail und social media und Arbeitsverdichtung nimmt die Arbeit immer mehr Raum im Privatleben ein. Umso mehr muss in der modernen Arbeitswelt ein echtes und vernünftiges Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben, vor allem aber zwischen Arbeit und Familie geschaffen werden.



Christian Hertzog
Generalsekretär

Eigentlich sollte der technische Fortschritt die Arbeitnehmer entlasten, tatsächlich aber steigen die Anforderungen an jeden Beschäftigten seit Jahren stetig an. Immer mehr Arbeit ist in immer kürzerer Zeit zu bewältigen, der Stressfaktor steigt. Hinzu kommt, dass die Personaldecken der Unternehmen und Betriebe bei gleichzeitig steigendem Arbeitsvolumen wegen ständiger Rationalisierung immer dünner geworden sind. Nicht zuletzt steigen damit auch wegen dieser Arbeitsverdichtung die stressbedingten Erkrankungen – Burnout ist ein Synonym für alle Erkrankungen, die auf langer, deutlich zu hoher Belastung im Arbeitsleben beruhen. Die steigenden stressbedingten Erkrankungen zeigen, dass diese Entwicklung in der Form nicht weiter gehen kann. Wegen der steigenden Belastung fehlt vielen Arbeitnehmern häufig die Zeit, aber auch die Kraft sich um die Familie, Freunde aber auch um sich selbst zu kümmern. Es stellt sich die Frage, was die Gesellschaft und jeder einzelne Arbeitnehmer für sich tun kann, um gerade nicht in diesen Sog zu geraten. Es ist unsere Aufgabe als Arbeitnehmervertreter dafür zu sorgen, dass jeder einzelne Arbeitnehmer die Möglichkeit erhält, sich zu erholen und zu regenerieren, damit er sich um Familie und Freunde kümmern kann. Nur so kann auch eine tatsächliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden.

Die Überlegungen zu dem Thema Work-Life-Balance gehen davon aus, dass die Dominanz des Arbeitslebens gegenüber dem Privat- und Familienleben auf Dauer nicht funktionieren wird. Menschen brauchen einen Ausgleich, der Regeneration ermöglicht. Nur so kann der Mensch gesund aber auch leistungsfähig bleiben.

Um dies auch zu verwirklichen dürfen persönliche Interessen nicht mehr so sehr dem Beruf untergeordnet werden. Dies gilt sowohl für Arbeitgeber, die ihre permanent steigende Erwartungshaltung an die Arbeitnehmer reduzieren müssen, aber auch für Arbeitnehmer, die ihren Lebensinhalt nicht mehr ausschließlich über ihre Berufstätigkeit definieren dürfen. Auch der typische „Workaholic“ ist Teil dieser fragwürdigen Entwicklung.

Unsere Gesellschaft, vor allem aber unsere Arbeitswelt braucht also Veränderungen, die es erlauben, Arbeit und Privatleben besser miteinander zu verbinden. Diese Veränderung muss auf eine Ausgewogenheit abzielen, die in einer mentalen Ausgeglichenheit mündet. Arbeitgeber und Gewerkschaften sind gefordert gemeinsame Lösungen zu erarbeiten, um Arbeitsumfelder zu schaffen, die es den Beschäftigten erlauben, Arbeit und persönliche Belange besser zu verknüpfen. Dies ist letztlich auch für die Unternehmen von Bedeutung, denn zufriedene und ausgeglichene Mitarbeiter arbeiten besser, sind leistungsstärker und erkranken seltener. Ein Umstand der sich naturgemäß auch auf die Attraktivität eines Arbeitgebers auswirkt. Ein Aspekt der gerade in Zeiten des Fachkräftemangels nicht unterschätzt werden darf.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind hier Regelungen zu eigenverantwortlicher Arbeitsgestaltung vor allem eigenverantwortliches Zeitmanagement aber auch Mitbestimmung bei Arbeitsabläufen von besonderer Bedeutung. Dies führt zu einer Wertschätzung des Arbeitnehmers, die dringend erforderlich ist. Hinzu kommen arbeitnehmerfreundliche betriebliche Regelungen zu Weiterbildung und Qualifizierung, Teilzeitarbeit, Gesundheitsprävention und vor allem zu Kinderbetreuung. Vor allem müssen Gewerkschaften und Arbeitgeber Modelle einer flexiblen Lebensarbeitszeit entwickeln, die sich den unterschiedlichen Lebensphasen des Menschen anpasst. Die Prämisse muss sein, dass die Arbeit an den Menschen angepasst wird und nicht der Mensch an die Arbeit.

Christian Hertzog
Generalsekretär

* * * *

Aus den Gewerkschaften

Ulrike Schwing-Dengler tritt bei der Daimler-Aufsichtsratswahl an - CGM, DHV und Unabhängige starten mit einer Frau an der Spitze



Stuttgart, 09.12.2012. „Beschäftigte pro Daimler-Benz“ heißt die Liste, mit der die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) gemeinsam mit der DHV – Die Berufsgewerkschaft und unabhängigen Betriebsräten für die Wahl der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat der Daimler AG im März 2013 antritt. „Wir

sind sehr stolz darauf, dass wir mit Ulrike Schwing-Dengler eine Spitzenkandidatin ins Rennen schicken, die die erforderliche Kompetenz und das nötige Format für solch ein Amt mitbringt“, freut sich der stellvertretende CGM Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende von Baden-Württemberg Markus Malm.

Die promovierte Betriebs- und Volkswirtin gehört der Daimler AG bereits seit über 20 Jahren an und ist dort im Rang eines Senior Managers im Zentralressort Finanzen und Controlling in Stuttgart tätig. In der CGM ist die verheiratete Mutter von drei Kindern als Mitglied im Landesvorstand von Baden-Württemberg aktiv. „Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen, also auch in Aufsichtsräten“, fordert Malm. Nur 15 Prozent aller Aufsichtsräte sind weiblich – deutlich zu wenig, findet der CGM-Vize. „Deshalb setzen wir ein Zeichen und gehen mit einer Frau an der Spitze ins Rennen“.

Ersatzkandidat von Schwing-Dengler ist Norbert Ochsenreither, unabhängiger Betriebsrat bei der Daimler AG im Werk Wörth. Auf Platz zwei kandidiert ebenfalls ein Unabhängiger: Rainer Knoob, Betriebsrat bei Airbus in Hamburg. Sein Ersatzkandidat ist Johann Pelzl, Betriebsratsvorsitzender bei Eurocopter Deutschland in Ottobrunn bei München. „Damit haben wir ein Kandidatentableau mit vier qualifizierten Bewerbern aus verschiedenen Bereichen und Standorten des DaimlerKonzerns“, so Schwing-Dengler. „Uns war es wichtig, uns nicht nur auf einen Standort zu konzentrieren, sondern das ganze Unternehmen zu repräsentieren.“

Die Gewerkschaftsliste mit dem Namen „CGM Christliche Gewerkschaft Metall – Mitarbeiter wählen Mitarbeiter“ wird vom Sindelfinger CGM-Betriebsrat Götz Steiner angeführt, der auch Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der CGM ist. Malm rechnet sich für die Kandidaten gute Chancen aus: „Auf beiden Listen kandidieren bewährte und fähige CGM´ler, DHV´ler und unabhängige Betriebsräte. Wir gehen davon aus, dass wir mit unseren Kandidaten die Delegierten überzeugen können.“

PM CGM vom 09.12.2012

* * * *



Ordentlicher Bundeskongress der CESI 2012 in Brüssel – CGB mit eigenem Antrag erfolgreich!

Berlin, den 04. Dezember 2012: Am 01. Dezember 2012 führte die Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (Europäische Union unabhängiger Gewerkschaften – CESI) ihren ordentlichen Bundeskongress in Brüssel durch. Auch der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) war als

langjähriges Mitglied der CESI auf dem Bundeskongress durch die Delegierten Anne Kiesow, Nico Caló und Christian Hertzog vertreten.

Mit dem diesjährigen Bundeskongress stellte die CESI die Weichen für die Zukunft und wählte ein neues Präsidium. Als Nachfolger des langjährigen Präsidenten Peter Heesen (dbb) wählten die Delegierten Kollegen Romain Wolff von der Gewerkschaft CGFP aus Luxemburg. In seiner Antrittsrede betonte Wolff die Schwerpunkte seiner zukünftigen Arbeit. Insbesondere die Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die bessere Vergleichbarkeit von Ausbildung und Qualifikation im europäischen Bereich und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Vergütungen sollen in den nächsten vier Jahren im Fokus stehen. Auch erteilte er weiteren Privatisierungen im öffentlichen Dienst eine deutliche Absage. Romain Wolff forderte vor allem die Menschen, die den Gewerkschaften ihr Vertrauen schenken, nicht aus den Augen zu verlieren und in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Der CGB hatte an den Kongress einen Antrag zur Schaffung eines EU Sozialpaktes zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse in der Europäischen Union gestellt. Der Antrag der wie folgt lautete:



Nico Caló bei der Begründung des CGB Antrags

- 1.) Die CESI möge sich bei den politischen Institutionen der Europäischen Union, allem voran bei der EU – Kommission und dem EU – Parlament dafür einsetzen, dass ein EU – Sozialpakt zur Stabilisierung der sozialen Verhältnisse in der EU auf den Weg gebracht wird.
- 2.) Dieser Sozialpakt soll dann im sozialen Dialog unter Beteiligung der Gewerkschaften ausgestattet werden.
- 3.) Die CESI wird sich an den Arbeiten mit ihren Mitgliedsgewerkschaften beteiligen.

wurde von dem ordentlichen Bundeskongress einstimmig angenommen. Dies ist ein Erfolg für den CGB und seine europäische Arbeit und der Antrag ist eine wichtige Weichenstellung für eine Harmonisierung der sozialen Standards in Europa.

PM CGB vom 04.12.2012

CGB-Landesausschuss wählt den neuen CGB-Landesvorstand in Bayern

Unter der strahlenden Münchner Sonne traf sich der CGB-Landesausschuss zu einer Sitzung und zur Neuwahl des Vorstandes.



Von links Bernhard Plath/GÖD, Günter Biesenberger/DHV, Ingrid Prager/DHV, Bernd Kreser/CGM, Martha Moser/CGPT, Hans Schalk/CGM, Josef Nikl/GÖD, Friedrich Roßkopf/CGPT, Franz-Xaver Winklhofer/KFG, Raymund Kandler/GÖD. Entschuldigt war (und deshalb nicht auf dem Bild) Detlef Lutz/CGM.

Der obige Landesausschuss gab sich neben der Wahl des Landesvorstandes auch neue inoffizielle Handlungsprinzipien. Die Einzelgewerkschaften werden im bayerischen CGB gemeinsam die Interessen des CGB vertreten. Entsprechend der Thematik der einzelnen Termine werden die Mitglieder aus den einzelnen Fachgewerkschaften zu den Terminen entsandt. Wir denken, dass dieser kollegiale Führungsstil und diese kollegiale Präsenz in Bayern dem CGB nutzt und die Interessen aller Einzelgewerkschaften besser umsetzt. Aus diesem Grund gibt es auch neben dem Vorsitzenden Josef Nikl/GÖD vier stellvertretende Vorsitzende - Ingrid Prager/DHV, Bernd Kreser/CGM, Franz-Xaver Winklhofer/KFG, Friedrich Roßkopf/CGPT – die einstimmig gewählt wurden. Die Organisation und Arbeit im Büro übernehmen wieder Martha Moser und Raymund Kandler in der Geschäftsstelle in München, denen wiederum herzlich gedankt sei. Persönlich bedanke ich mich bei allen Anwesenden. Es war eine kollegiale, vertrauensvolle Sitzung und ich freue mich auf eine Amtszeit mit lauter aktiven und die Interessen ihrer Gewerkschaften und des CGB hochhaltenden Kolleginnen und Kollegen.

PM CGB LV Bayern im Dezember 2012

* * * *

**Dammbruch:
Gentests bedeuten
Selektion!**

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen kritisiert Kabinettsbeschluss zur PID scharf.

Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
(VkdL)
Berufsverband mit klarer Linie



Essen, 15. November 2012. – Was Kritiker der Präimplantationsdiagnostik befürchtet haben, ist nun eingetreten: Das Bundeskabinetts hat gestern die Verordnung verabschiedet, nach der Embryonen in Aus-

nahmefällen auf Gendefekte hin untersucht und im Fall eines Verdachts auf Tot- oder Fehlgeburt oder bei Verdacht auf Erbkrankheit vernichtet werden dürfen. Damit wird der Wunsch von Paaren, ein gesundes Kind zur Welt zu bringen, über das Grundrecht auf Leben des Ungeborenen gestellt. Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen e.V. verurteilt die Entscheidung des Kabinetts als unverantwortlichen Dammbruch gegen den Lebensschutz: „Der Beschluss setzt künftig Eltern massiv unter Druck, nur dem sogenannten 'lebenswerten' Leben eine Chance zu geben, um die Gemeinschaft nicht zu belasten. Diese Selektion betrachtet Menschsein nur unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit“, sagt Bundesvorsitzende Roswitha Fischer. Es sei bedauerlich, so der VkdL, dass der neoliberale Trend in der FDP sich gegen die Bedenken zahlreicher Bundestagsabgeordneter durchgesetzt hat. Der VkdL appelliert an die Parlamentarier, der Rechtsverordnung nicht zuzustimmen, sondern sich für den unbedingten Schutz menschlichen Lebens zu entscheiden.

Sowohl die PID als auch die Reproduktionsmedizin repräsentieren ein Machbarkeitsdenken, bei dem der Mensch über Leben und Tod anderer entscheidet – und sich damit über das bedingungslose Grundrecht auf Leben hinwegsetzt!

PM VKdL vom 15. 11. 2012

* * * *

CGPT lehnt neues Postgesetz ab

CGPT

Die Christliche Gewerkschaft Postservice und Telekommunikation (CGPT) lehnt das von der Bundesregierung geplante neue Postgesetz entschieden ab. Dieses neue Gesetz, das für vermeintlich mehr Wettbewerb sorgen soll, begünstigt nur Unternehmensmodelle mit Stücklohn, Werkverträgen und Niedriglöhnen. Im Postbereich brauchen wir einen Wettbewerb um die besten Löhne und die besten Arbeitsbedingungen und nicht darum, wie man der Deutschen Post AG, die als einziges Unternehmen den Postuniversaldienst aus einer Hand anbietet, das Leben schwer macht, so CGPT Bundesvorsitzender Ulrich Bösl. Mit dem neuen Postgesetz soll jetzt kurz nach der Landtagswahl in Niedersachsen der schwache Bundeswirtschaftsminister Rösler (FDP) gestärkt werden, kritisiert Bösl das Vorhaben.

PM CGPT vom 23. 01. 2013

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin
Telefon: 030/21 02 17-30
Fax: 030/21 02 17-40
E-Mail: cgb.bund@cgb.info
Internet: www.cgb.info
ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow
Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog
Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.